Über 100 namenhafte Frauen & Männer aus Politik, Kultur und Wirtschaft fordern

die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen in Deutschland

PRESSEMITTEILUNG — Berlin, 15. April 2024

In einem dringlichen Brief an die Bundesregierung fordern über 100 Menschen, bekannt aus Politik, Kultur und Wirtschaft, die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen in Deutschland und die ersatzlose Streichung des §218 StGB.

Heute am 15.04.2024 wird die von der Bundesregierung im letzten Jahr einberufene Expert*innenkommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin ihren Abschlussbericht der Öffentlichkeit präsentieren. In den bereits vorab geleakten Empfehlungen der Kommission heißt es. dass die aktuelle Rechtswidrigkeit von Schwangerschaftsabbrüchen einer verfassungs-, völker- und europarechtlichen Prüfung nicht standhält. Die Expert*innen fordern die Bundesregierung zu einer Neuregelung von Schwangerschaftsabbrüchen in den frühen Phasen einer Schwangerschaft auf und stellen dem Gesetzgeber eine Entkriminalisierung über die frühe Phase hinaus bis zur 22. Woche sowie eine Abschaffung der Beratungspflicht frei.

Die Unterzeichnenden des offenen Briefes fordern nun die Ministerien für Justiz, Gesundheit und Familie sowie die Bundesregierung insgesamt auf, die Empfehlungen der Kommission in der laufenden Legislaturperiode umzusetzen und eine gesetzliche Neuregelung für Schwangerschaftsabbrüche auszuarbeiten. Sie fordern eine Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen sowie der Abschaffung der Pflichtberatung und der dreitägigen Wartefrist.



Die Unterzeichnenden verweisen in ihrem offenen Brief dabei auch auf die in der letzten Woche präsentieren Ergebnisse der sogenannten ELSA-Studie, welche deutliche Versorgungslücken im Bereich Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland aufzeigt und die Forderung nach einer Entkriminalisierung mit wissenschaftlichen Daten untermauert.

1

Initiiert wurde der offene Brief von Annika Kreitlow, Ärztin in der Gynäkologie und Sprecherin des Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung sowie Kristina Lunz, Autorin und Mitgeschäftsführerin des Centre for Feminist Foreign Policy. Zu den Erstunterzeichnerinnen gehören unter anderem die Generalsekretärin von Amnesty International Deutschland, Julia Duchrow, sowie Diana zur Löwen, Katja Riemann und Natalia Wörner. Unter den Mitzeichnenden finden sich weitere bekannte Namen wie Louisa Dellert, Maria Furtwängler, Sandra Hüller, Phenix, Gilda Sahebi, Regina Halmich, Maja Göpel, Emilia Roig, Ruth Moschner, Wolke Hegenbarth, Kristina Vogel, Friedemann Karig, Hadnet Tesfai, Jagoda Marinić, Janina Kugel, Jasmin Shakeri, Jasmin Tabatabai, Mareile Höppner, Marie Nasemann, Sibylle Berg, Verena Pausder, Stefanie Giesinger, Anna Dushime und viele weitere (eine vollständige Liste am Ende des Schreibens).

Unterstützt werden die Forderungen der Einzelpersonen durch eine öffentliche Petition unter dem Titel "Legal, einfach, fair - für eine Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs in Deutschland" mit bereits über 20.000 Unterschriften.

Zu finden ist die Petition unter https://innn.it/wegmit218

Kontakt für Presseanfragen:

Kristina Lunz, Autorin und Mitgründerin des Centre for Feminist Foreign Policy gGmbH, Initiatorin des Offenen Briefs

+49 176 6268 6046 kristina@centreforffp.org cc julia@centreforffp.org

Annika Kreitlow, Ärztin in der Gynäkologie und Sprecherin des Bündnis für Sexuelle Selbstbestimmung, Initiatorin des offenen Briefs

+49 162 7169 820 annika.kreitlow@gmail.com



Annika Kreitlow, Ärztin in der Gynäkologie und Sprecherin des Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung: "Schwangerschaftsabbrüche gehören zur Gesundheitsversorgung, wie jeder andere medizinische Eingriff auch. Im Strafgesetzbuch haben sie nichts zu suchen, denn man kann Schwangerschaftabbrüche nicht verbieten - man kann sie nur unsicherer machen"

Kristina Lunz, Autorin und Mitgründerin des Centre for Feminist Foreign Policy gGmbH: "Die strafrechtliche Regelung von Schwangerschaftsabbrüchen verstößt gegen internationale völker- und menschenrechtliche Vereinbarungen. Seit Jahrzehnten fordern Frauen die Entkriminalisierung. Dies muss dringend passieren, bevor ein befürchteter zunehmender Rechtsruck unsere Rechte weiter bedroht. Vor Kurzem wurde unsere Forderung der Vereinheitlichung des Vergewaltigungsstraftatbestandes auf EU-Ebene von der deutschen Politik, insbesondere durch den Justizminister, ignoriert. Dies darf nicht schon wieder passieren! Weg mit §218!"

Natalia Wörner, Schauspielerin:

"Die elementaren Frauen- und Menschenrechte und die dazugehörige Freiheit für Frauen zu wählen, wie sie leben möchten, kann auf keine Art und Weise in Form und Inhalt infrage gestellt werden. Dazu kann man sich nur bekennen und diese Freiheit gilt es zu schützen und zu unterstützen."

Dr. Julia Duchrow, Generalsekretärin Amnesty
International Deutschland: "Menschenrechtliche
Standards und die Leitlinien der Weltgesundheitsorganisation machen klar: Schwangerschaftsabbrüche müssen vollständig entkriminalisiert werden. Auch die von der Regierung selbst eingesetzte Kommission empfiehlt eine Regulierung außerhalb des Strafgesetzbuches. Jetzt müssen die Regierung und das Parlament endlich handeln!"

Dr. med. Alicia Baier, Ärztin und Mitgründerin von Doctors for Choice Germany: "Die Angst vor einer gesellschaftlichen Kontroverse, die nun in der Opposition vorgetragen wird, ist ein Schein-Argument. Eine Mehrheit der Bevölkerung wünscht die Legalisierung. Viele andere Länder haben in den letzten Jahren ihre Abtreibungsgesetze liberalisiert, ohne dass der gesellschaftliche Frieden darunter gelitten hätte."

Vollständige Liste der

Mitzeichnerinnen:

Initiatorin und Erstunterzeichnerinnen

Annika Kreitlow,

Ärztin in der Gynäkologie und Sprecherin des Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung

Kristina Lunz,

Autorin und Mitgeschäftsführerin des Centre for Feminist Foreign Policy

Dr. Julia Duchrow,

Generalsekretärin von Amnesty International

Deutschland

Monika Börding und Stephanie Schlitt,

Vorstand des pro familia Bundesverbands

Diana zur Löwen,

Unternehmerin und Content Creatorin

Dr. med. Alicia Baier,

Ärztin in der Gynäkologie und Mitgründerin von

Doctors for Choice Germany

Janina Hell und Felicitas Karrer,

Gründerinnen von FRAUEN100

Maria Astor,

Content Creatorin

Natalia Wörner, Schauspielerin

Katja Riemann,

Schauspielerin und Autorin

Mitzeichnerinnen

(in alphabetischer Reihenfolge)

Alexandra Zykunov

Anastasia Gubareva

Anna Dushime

Anika Decker-Wilde

Annahita Esmailzadeh

Annette Kroeber-Riel

Antje Schrupp

Asha Hedayati

Aya Jaff

Beate Wedekind

Bettina Kohlrausch

Bianca Praetorius

Caro Cult

Carolin Niemczyk

Caroline Rosales

Christina Clemm

Cloudy Zakrocki

Delara Burkhardt

Emilia Roig Minh-Khai Phan-Thi

Franziska Schutzbach Minu Barati

Frauke Ludowig Miriam Junge

Friedemann Karig Mona Buckenmaier

Gilda Sahebi Nele Würzbach
Gülsah Wilke Nicolette Krebitz

Hadnet Tesfai Nike Emich

Heidi Reichinnek Nike van Dinther Isabelle von Klot Ninia LaGrande Jagoda Marinić Nina Bernarding

Nora Burgard-Arp

Janina Kugel Phenix

Jana Degrott

Janna Linke Philipp Türmer

Jasmin Shakeri Ralph Herforth

Jasmin Tabatabai Regina Halmich

Jeannette Gusko Ruth Hecker

Jennifer Weist Ruth Moschner

Johanna Klum Sally Lisa Starken
Julia Freitag Samira El Ouassil
Julia Krempin Sandra Hüller

Kati Ernst Sarah Desai

Katrin Bauerfeind Sarah Lee Heinrich Kerstin Weng Shari Malzahn-Ape

Khesrau Behroz Sibylle Berg

Kimberly Marteau Emerson Sophia Maier

Kristina Hänel Sophia Hoffmann

Kristina Vogel Sophie Chung

Laura Dornheim Stefanie Giesinger

Laura Malina Seiler Svenja Appuhn

Leyla Piedayesh Svenja Liesau Lisa Ortgies Tanja Roos

Louisa Dellert Tanja Ziegler

Louisa Schneider Tara Wittwer

Magdalena Rogl Tatjana Kiel

Maja Göpel Teresa Bücker

Mandy Mangler Tuğba Tekkal

Mareile Höppner Ursula Karven

Margarethe Honisch Verena Pausder

Wolke Hegenbarth

Maria Furtwängler Vidina Popov

Marie Nasemann Yael Adler

Marie-Louise Berg

Melika Foroutan Yara Hoffmann

Mia Florentine Weiss Yasmine M'Barek

Über 100 namenhafte Frauen & Männer aus Politik, Kultur und Wirtschaft fordern die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen in Deutschland #wegmit218

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Lisa Paus, Sehr geehrter Herr Bundesminister Karl Lauterbach, Sehr geehrter Herr Bundesminister Marco Buschmann, Sehr geehrte Bundesregierung,

Heute, am 15.04.2024 präsentiert die von Ihnen einberufene *Expert*innen-kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin* ihre finalen Ergebnisse. Der Abschlussbericht bestätigt, was zahlreiche Expert*innen, Aktivist*innen und betroffene Frauen schon seit Jahren fordern: **Schwangerschaftsabbrüche müssen in Deutschland endlich entkriminalisiert werden.**

Die Expert*innen aus Medizin, Recht und Ethik empfehlen einstimmig, Schwangerschaftsabbrüche in den frühen Phasen der Schwangerschaft rechtmäßig und straflos zu stellen und eine Durchführung zeitnah und barrierefrei für alle zu ermöglichen. Die aktuelle Rechtswidrigkeit nach §218 StGB hält einer verfassungs-, europa-, und völkerrechtlichen Prüfung nicht stand und gehört dringend abgeschafft.

Weiter schreiben die Expert*innen, dass auch in den mittleren Phasen der Schwangerschaft (bis zur 22. Schwangerschaftswoche) eine Entkriminalisierung möglich ist und der Gesetzgeber hier Gestaltungsspielraum hat. Diesen hat er ebenso in der Frage nach einer Beratungspflicht. Auch hier ist eine Abschaffung der Zwangsberatung und dreitägigen Wartefrist nach Einschätzung der Expert*innen möglich und kann vom Gesetzgeber angestrebt werden. Wir bitten Sie, die Initiative zu ergreifen. Der Verzicht auf Pflichtberatung und Wartefrist kann in vielen Fällen darüber entscheiden, mit welcher Methode der Schwangerschaftsabbruch noch durchgeführt werden kann - medikamentös oder operativ.

Dass eine Überarbeitung der aktuellen Gesetzeslage zu Schwangerschaftsabbrüchen dringend notwendig ist, zeigen auch die in der letzten Woche präsentierten Ergebnisse der sogenannten ELSA-Studie, die bisher umfassendste wissenschaftliche Analyse der Versorgungslage ungewollt schwangerer Menschen in Deutschland. Die Daten zeigen deutliche Versorgungslücken, insbesondere in den südlichen Bundesländern. Außerdem gaben 80 Prozent der befragten Frauen an, bei ihrem Zugang zu einem Schwangerschaftsabbruch mindestens eine Form der Barriere erlebt zu haben, entweder in der Kostenübernahme, der Praxisfindung und Erreichbarkeit dieser oder in der Informationsbeschaffung. Zwanzig Prozent fanden es schwer oder sehr schwer, überhaupt eine Praxis zu finden, die den Abbruch durchführt. Dass die prekäre Versorgungslage in direktem Zusammenhang mit der aktuellen Gesetzeslage steht, verdeutlichen auch die Ergebnisse der Ärzt*innenbefragung im Rahmen der Studie: 75 Prozent der befragten Ärzt*innen gaben an, dass eine Regelung außerhalb des Strafgesetzbuchs ihrer Einschätzung nach zur Verbesserung der Versorgung beitragen würde.

Die Ergebnisse der ELSA Studie zeigen es ganz deutlich: In Deutschland gibt es ein Problem in der Versorgung ungewollt schwangerer Menschen. Und die Ergebnisse der Expert*innenkommission zeigen es ebenso deutlich: diesem Problem kann und muss durch eine gesetzliche Neuregelung begegnet werden. Dabei muss das Vertrauen in schwangere Menschen und in die zahlreichen Berater*innen und Ärzt*innen, die ungewollt schwangere Menschen in dieser Ausnahmesituation professionell begleiten und unterstützen, im Vordergrund stehen. Es darf keine gesetzliche Bevormundung dieser höchstpersönlichen Entscheidung mehr geben.

Wir bitten Sie nun: Hören Sie auf Ihre eigens ernannten Expert*innen und setzen Sie die Vorschläge um. Seien Sie mutig und nehmen Sie die Handlungsspielräume auf, die Ihnen die Empfehlungen geben. Sie haben die Möglichkeit, etwas Historisches zu schaffen und einen nun mehr als 150 Jahre alten Paragrafen abzuschaffen. Repräsentative Umfragen zeigen: Die Mehrheit der Bevölkerung ist für eine Legalisierung. Sie können und müssen eine gesetzliche Neuregelung finden, die den Lebensrealitäten von ungewollt schwangeren Menschen in Deutschland gerecht wird und eine gute Gesundheitsversorgung für alle ermöglicht.

Lassen Sie ungewollt schwangere Menschen nicht länger im Stich und schaffen Sie noch in dieser Legislatur eine gesetzliche Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs!

Wir fordern die ersatzlose Streichung von Paragraf 218 StGB und eine außerstrafrechtliche Regelung, damit die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen, sowie die Abschaffung der Zwangsberatung und dreitägigen Wartefrist.

Wir appellieren an Sie, die Umsetzung so schnell wie möglich voranzutreiben. Angesichts des nationalen und globalen Rechtsrucks fürchten wir, dass eine Verzögerung der Legalisierung bedeuten könnte, dass wir in den kommenden Jahren noch intensiver um unsere Rechte bangen und kämpfen müssen. Der Kampf gegen Rechtsextremismus und den Rechtsruck erfordert auch die Verteidigung und Unterstützung der Frauenrechte, da diese zu den ersten Opfern rechter und rechtsextremer Politik gehören.

Initiatorinnen und Erstunterzeichnerinnen:

Annika Kreitlow,

Ärztin in der Gynäkologie und Sprecherin des Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung

Kristina Lunz,

Autorin und Mitgeschäftsführerin des Centre for Feminist Foreign Policy

Dr. Julia Duchrow,

Generalsekretärin von Amnesty International Deutschland

Monika Börding und Stephanie Schlitt, Vorstand des pro familia Bundesverbands

Diana zur Löwen.

Unternehmerin und Content Creatorin

Dr. med. Alicia Baier,

Ärztin in der Gynäkologie und Mitgründerin von Doctors for Choice Germany

Janina Hell und Felicitas Karrer,

Gründerinnen von FRAUEN100

Maria Astor.

Content Creatorin

Natalia Wörner,

Schauspielerin

Katja Riemann,

Schauspielerin und Autorin

Mitzeichnerinnen

(in alphabetischer Reihenfolge) Alexandra Zykunov Anastasia Gubareva Anna Dushime Anika Decker-Wilde Annahita Esmailzadeh Annette Kroeber-Riel Antje Schrupp Asha Hedayati Aya Jaff Beate Wedekind Bettina Kohlrausch Bianca Praetorius Caro Cult Carolin Niemczyk Caroline Rosales Christina Clemm Cloudy Zakrocki Delara Burkhardt Emilia Roig Franziska Schutzbach Frauke Ludowig

Friedemann Karig

Gilda Sahebi Gülsah Wilke

Hadnet Tesfai

Isabelle von Klot Jagoda Marinić Jana Degrott Janina Kugel Janna Linke Jasmin Shakeri Jasmin Tabatabai Jeannette Gusko Jennifer Weist Johanna Klum Julia Freitag Julia Krempin Kati Ernst Katrin Bauerfeind Kerstin Wena Khesrau Behroz Kimberly Marteau Emerson Kristina Hänel Kristina Vogel Laura Dornheim Laura Malina Seiler Levla Piedayesh Lisa Ortgies Louisa Dellert Louisa Schneider Magdalena Rogl

Heidi Reichinnek

Mandy Mangler Mareile Höppner Margarethe Honisch Maria Furtwängler Marie-Louise Berg Marie Nasemann Melika Foroutan Mia Florentine Weiss Minh-Khai Phan-Thi Minu Barati Miriam Junge Mona Buckenmaier Nele Würzbach Nicolette Krebitz Nike Fmich Nike van Dinther Ninia LaGrande Nina Bernarding Nora Burgard-Arp Phenix Philipp Türmer Ralph Herforth Regina Halmich Ruth Hecker Ruth Moschner Sally Lisa Starken

Maja Göpel

Samira El Ouassil Sandra Hüller Sarah Desai Sarah Lee Heinrich Shari Malzahn-Ape Sibylle Berg Sophia Maier Sophia Hoffmann Sophie Chung Stefanie Giesinger Svenja Appuhn Svenja Liesau Tanja Roos Tanja Ziegler Tara Wittwer Tatiana Kiel Teresa Bücker Tuğba Tekkal Ursula Karven Verena Pausder Vidina Popov Wolke Hegenbarth Yael Adler Yara Hoffmann